



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Andreas Hanna-Krahl, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Berichts Antrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres an Bayerischen Kliniken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über den aktuellen Sachstand und über die zukünftigen Planungen der Staatsregierung zur Reform des Praktischen Jahres (PJ) an Bayerischen Kliniken zu berichten bzw. zu berichten, welche Hindernisse einer Reform ggf. entgegenstehen.

Begründung:

Hervorragend ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner sind überlebenswichtig. Daher muss immer wieder geprüft werden, ob die gegenwärtige Ausbildung den höchsten Anforderungen entspricht. Gerade auf das PJ, in dem Theorie und Praxis zusammengebracht werden, muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Die gegenwärtigen Ausbildungsbedingungen werden von den betroffenen Medizinstudierenden jedoch hart kritisiert.

Zentrale und unterstützungswürdige Forderungen von Interessensvertretern betreffen dabei¹

- die Anerkennung von Krankheitstagen auch in gesplitteten Tertialen,
- eine Mindest-Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes,
- ein festgeschriebener Mindestabstand zwischen dem Ende des PJ und dem dritten Staatsexamen von mindestens vier Wochen,
- eine Einführung und Umsetzung einheitlicher Standards in der Lehre im PJ,
- eine stärkere finanzielle Förderung klinischer Lehre im PJ,
- eine geschützte Arbeitszeit für klinische Lehre.

Die Mindestanhebung der Vergütungsstruktur im PJ auf den BAföG-Satz sowie angemessene und einheitliche Fehlzeitenregelungen finden sich als Forderungen auch im Koalitionsvertrag der 21. Legislaturperiode der CDU, CSU und SPD geführten Bundesregierung.²

¹ Vgl. u.a. <https://www.bvmd.de/fairespi/> (letzter Zugriff 28.04.2025).

² Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag2025_bf.pdf (letzter Zugriff 28.04.2025), S. 113.

Die Staatsregierung möge daher berichten, wie sie die Möglichkeiten einer Reform des PJ einschätzt nicht zuletzt bzgl. der konkreten Forderungen der Interessensvertreter, welche Maßnahmen sie kurz- und mittelfristig konkret ergreifen wird bzw. welche Hindernisse einer Umsetzung entgegenstehen.